

Bremische Bürgerschaft Stadtbürgerschaft 19. Wahlperiode

Anfragen in der Fragestunde

1.

19.01.16

Erreichbarkeit von Behörden

Wir fragen den Senat:

1. Welcher geschätzte Anteil der beim Bürgertelefon Bremen eingehenden Anrufe endet durch Weitervermittlung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den angefragten Ämtern und Dienststellen?

2. Wie stellt der Senat sicher, dass das Bürgertelefon Anrufe für Dienststellen und Ämter (mit Kundenkontakt) - z. B. Standesamt, Sozialamt, Wohnungsgeldstelle, Stadtamt, Ausländerbehörde, Amt für Straßen und Verkehr, Bauordnungsamt - auch während der Arbeitszeit außerhalb der Kernzeiten (z. B. Freitagnachmittag nach 14 Uhr) weiterverbinden kann (bitte für die wichtigsten Dienststellen wie oben genannt im Einzelnen darstellen)?

3. Welche Regelungen und Verfahren bzw. Notdienste gibt es jeweils?

Dr. Anne Schierenbeck, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

2.

20.01.16

Übergriffe auf Minderheiten in Flüchtlingsunterkünften

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die derzeitige Situation von Minderheiten in Flüchtlingsunterkünften?

Sind dem Senat Übergriffe auf religiöse oder sexuelle Minderheiten in Wohneinrichtungen in Bremen bekannt?

Wie plant der Senat die momentane Situation für diese Menschen zu verbessern?

Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

3.

21.01.16

Wie sieht die Zukunft des Projektes „Stolpersteine“ bei der Landeszentrale für politische Bildung aus?

Wir fragen den Senat:

1. Ist die derzeitig ehrenamtlich organisierte Betreuung des Projekts nach dem altersbedingten Ausscheiden der zuständigen Mitarbeiterin auf Dauer angelegt oder soll die wissenschaftliche Betreuung dieses wichtigen Erinnerungsprojektes künftig im Stellenplan des zuständigen Ressorts abgesichert werden?
2. Wird die Stelle des im Frühjahr 2016 ausscheidenden Referenten für Geschichte und Publikationen bei der Landeszentrale zeitnah neu besetzt?
3. Falls ja: Ist es denkbar, die Stellenbeschreibung für diesen Referenten/-innenposten um das Themenfeld „Wissenschaftliche Betreuung Projekt Stolpersteine“ zu ergänzen?

Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

4.

21.01.16

Versorgung von Flüchtlingsunterkünften mit WLAN

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Unterkünfte für Flüchtlinge sind bisher mit WLAN-Routern ausgestattet worden?
2. Kooperiert der Senat bei der Aufstellung von WLAN-Routern auch mit Freifunkinitiativen?
3. Wie bewertet der Senat die Zusammenarbeit der Telekommunikationsanbieter mit den Trägern der Einrichtungen bei der Errichtung von WLAN-Routern?

Mustafa Öztürk, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

5.

22.01.16

Umverteilung von minderjährigen unbegleiteten Ausländern

Wir fragen den Senat:

Wie viele unbegleitete minderjährige Ausländer wurden im Zeitraum 1. November 2015 bis zum 31. Januar 2016 umverteilt?

Wie viele entzogen sich aus welchen Gründen der Umverteilung oder kehrten nach der Umverteilung (wiederholt) nach Bremen zurück?

Wie stellt der Senat sicher, dass sich die Jugendlichen nicht fortwährend einer Umverteilung entziehen?

Wilhelm Hinnert, Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU

6.

27.01.16

Führen von Schuss- und Selbstschutzwaffen in Bremen

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Erlaubnisse wurden in Bremen jeweils in den Jahren 2010 bis 2015 zum Führen von Waffen nach § 10 Waffengesetz (WaffG) und zum Führen von Signal-, Reizstoff- und Schreckschusswaffen (sogenannter Kleiner Waffenschein gemäß § 10 Absatz 4 Satz 4 WaffG) erteilt?
2. Wie viele illegale Schusswaffen wurden jeweils in den Jahren 2010 bis 2015 in Bremen beschlagnahmt?
3. In wie vielen strafrechtlichen Ermittlungsverfahren, jeweils in den Jahren 2010 bis 2015, war der Einsatz von Waffen von Bedeutung, und in wie vielen Fällen wurden dabei Personen durch Waffen (Schusswaffen, Hieb- und Stichwaffen, Selbstschutzwaffen) körperlich verletzt?

Peter Zenner, Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

7.

02.02.16

Umgang des Jugendamtes mit straffälligen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nach Übergabe durch die Polizei

Wir fragen den Senat:

1. Ist sichergestellt, dass die nachts (22 - 6 Uhr) von der Polizei wegen Straftaten oder anderen Sicherheitsstörungen bzw. Gefahrenlagen von der Polizei übernommenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (umF) nach Übergabe an das Jugendamt bzw. den Kinder- und Jugendnotdienst nicht kurz darauf wieder unbegleitet entlassen werden?
2. Durch welche Weisungslage wird dieses Problemfeld seitens des Jugendamtes geregelt?
3. Welche Aufenthaltsgebote zur Nachtzeit als erzieherische Weisungen für betreffende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gibt es, und wie wird deren Einhaltung kontrolliert?

Klaus Möhle, Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

8.

02.02.16

Fakultativ geschlossene Unterbringung für kriminelle Jugendliche

Wir fragen den Senat:

1. Ab wann wird die vom Senat geplante fakultativ geschlossene Unterbringung für kriminelle Jugendliche betrieben werden können?
2. Ist sichergestellt, dort auch Unterbringungen auf Grundlage des Jugendgerichtsgesetzes vorzunehmen?
3. Welche Unterbringungsmöglichkeiten sind bis zum Betriebsbeginn der Einrichtung vorgesehen, und aus welchen Gründen kann der auf dem Gelände der JVA hergerichtete Pavillon nicht übergangsweise genutzt werden?

Klaus Möhle, Sascha Aulepp, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

9.

05.02.16

Wohnungsangebote für Flüchtlinge

Wir fragen den Senat:

1. Wie groß ist der derzeitige Bedarf an Wohnungen zur Flüchtlingsunterbringung, und wie wird sich die Nachfrage aus Sicht des Senats in den kommenden sechs Monaten entwickeln?
2. In welchem Umfang kann der Bedarf an Wohnungen durch die GEWOBA gedeckt werden, und für wie wichtig erachtet der Senat die Unterstützung durch Privatvermieter?
3. In wie vielen Fällen erfolgt eine direkte Wohnungsvermietung an Flüchtlinge durch den Vermieter, und wie ist dabei das Verhältnis von Privatvermietern (Kleinvermietern) zu professionellen Vermietern?

Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP

10.

09.02.16

Fortentwicklung der Einzelhandelsstrukturen in Bremen

Diese Anfrage der Abgeordneten Andreas Kottisch, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD wurde inzwischen zurückgezogen.

11.

16.02.16

Zahl der Antanzdelikte durch konsequente Anwendung des SGB VIII reduzierbar?

Wir fragen den Senat:

1. Wie häufig hat das Jugendamt in den letzten drei Jahren von der Befugnis zu freiheitsentziehenden Maßnahmen nach § 42 Absatz 5 SGB VIII für gewaltdelinquente Jugendliche ohne gerichtliche Entscheidung Gebrauch gemacht?
2. Bewertet der Senat räuberische Antanzdelikte als Gefahr für Leib Dritter im Sinne des § 42 Absatz 5 SGB VIII, wenn wider Erwarten nicht, warum?
3. Hält der Senat diese Freiheitsentziehung durch das Jugendamt für eine geeignete Maßnahme, um die Kriminalitätsbelastung des Bahnhofsvorplatzes zu reduzieren?

Klaus Möhle, Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Kosten für unbegleitete minderjährige Ausländer (umA)

Wir fragen den Senat:

Welche durchschnittlichen Kosten fallen pro unbegleiteten minderjährigen Ausländer derzeit monatlich für Unterbringung, Inobhutnahme und Betreuung an?

Welche Kosten fallen im Vergleich derzeit durchschnittlich monatlich pro Jugendhilfefall für Unterbringung, Inobhutnahme und Betreuung an?

Wie hoch sind im Vergleich dazu die Kosten pro unbegleiteten minderjährigen Ausländer in Berlin, Hamburg, Oldenburg und Hannover?

Sigrid Grönert, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU